

KRIMINALITÄT

Pistole und Beil

Ein prominenter Polizist, der einst für die Grünen im Bundestag saß, soll einen Raubmord geplant haben. Doch es gibt auch Zweifel an den Methoden der Ermittler.

Die Pressemitteilung, die die Hamburger Staatsanwaltschaft am vergangenen Dienstag um 15.24 Uhr herausgab, liest sich wie der Plot eines Horrorkrimis: Der vom Dienst suspendierte Kriminalbeamte Thomas W. soll gemeinsam mit einem ehemaligen Polizeikollegen einen Raubüberfall in Berlin geplant haben. Einen, der der Phantasie des Schriftstellers Stephen King entsprungen sein könnte.

Ende September, so zumindest die Version der Staatsanwaltschaft, unterbreitete dieser Thomas W. seinem Kumpel einen mörderischen Vorschlag: Sie könnten doch vor einem Kaufhaus einen Geldkurier erschießen. Wörtlich heißt es: „Weiter soll W. vorgehabt haben, ihm mit einem Fleischbeil den Arm abzutrennen, um auf diese Weise an den Geldkoffer zu gelangen.“

Wer sich hinter dem Kürzel Thomas W. verbarg, lag nicht nur für Eingeweihte auf der Hand: Der suspendierte Polizist Thomas Wüppesahl, 49, hat in seinem Leben kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um schlagzeilenträchtig Front gegen die Hamburger Polizei zu machen.

Nach dem Skandal um die stundenlange Einkesselung von Kernkraftgegnern auf dem Hamburger Heiligengeistfeld 1986 gehörte er zu den Mitbegründern des Bundesarbeitskreises (BAG) kritischer Polizisten. 1987 zog er gar für die Grünen in den Bundestag. Er ist ein streitbarer Geist – mit ausgeprägtem Hang zum Querulantenentum.

Seine Vorgesetzten und Kollegen im Landeskriminalamt überzog der Gerechtigkeitsfanatiker mit Anzeigen und Schmähungen. „Der Konflikt mit der Hamburger Polizei“, so sein einstiger BAG-Mitstreiter Martin Herrkind, „war ein harter, bei dem beide Seiten nicht immer mit lauter Mitteln gearbeitet haben.“

Dass Wüppesahl auch für extreme Ausraster gut ist, halten viele, die ihn kennen, für sehr wahrscheinlich. Doch reicht das aus, um eine Bluttat zu planen, wie sie die Staatsanwaltschaft schildert?

Insider tippten nach Wüppesahls Festnahme sofort, die Fahnder könnten ihrem Quälgeist vielleicht auch eine Falle gestellt haben.

Wüppesahls Anwalt Gerhard Strate, der sich nicht im Detail zu den Vorwürfen äußern will, ist sicher: „Es wird auf jeden Fall zwei Versionen geben“ – die seines Mandanten und die seines angeblichen Komplizen, Andreas Sch. Der Ex-Polizist ließ sich, so der Hamburger Staatsanwalt Rüdiger Bagger, „nur zum Schein auf den Plan“ ein – und „wandte sich schon nach dem ersten Gespräch an die Polizei“, die fortan die weiteren Planungen begleitete. Auch mit so genannten verdeckten technischen Ermittlungen. Im Klartext: Der falsche Komplize schnitt die Gespräche mit Wüppesahl auf Band mit.

Genau das macht Alfred Fleissner, der im Zentrum für psychosoziale Medizin am Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf forscht und Wüppesahl von seiner Arbeit in der Mobbing-Beratungsstelle „Klima e. V.“ kennt, misstrauisch. „Ich würde für ihn nach wie vor die Hand ins Feuer legen.“ Fleissner wittert eine „Räuberpistole, die nach einer schlecht inszenierten Geschichte riecht“.

Sicher ist: Thomas Wüppesahl hat es Menschen extrem leicht gemacht, ihn nicht zu mögen. Schon Anfang der achtziger

Jahre, als er für die Grünen in der Ratsversammlung von Geesthacht in Schleswig-Holstein saß, nervte er Parteifreunde und Gegner mit einer Flut von Anträgen.

„Kein Unsinn, vieles mit Hand und Fuß“, wie sich ein Ex-Parteifreund erinnert, „aber die Art, wie er seine Sachen durchzog, war einfach penetrant.“ Und: „Wer nicht hundertprozentig für ihn war, den hat er als Feind behandelt.“

Dass er dabei in der Sache oft Recht behielt, machte ihn nicht beliebter. Zum endgültigen Zerwürfnis mit den Ortsgrünen kam es, nachdem er in Geesthacht Flugblätter verteilt hatte, auf denen er einen Arzt des dortigen Krankenhauses namentlich beschuldigte, „besoffen“ seinen Dienst verrichtet zu haben. In dem daraus resultierenden Gerichtsverfahren wurde Wüppesahl aber freigesprochen.

Als Mitarbeiter im Dezernat Wirtschaftskriminalität des Landeskriminalamts Hamburg zeigte er eine Staatsanwältin an, weil die Ermittlungsvorhaben des Dezernats gegen eine Warenterminfirma abgefragt und weitergegeben haben soll – an einen befreundeten Richter, dessen Tochter, wie sich dann herausstellte, in dem Unternehmen arbeitete.

Nachdem ein kritisches Dossier Wüppesahls an die Presse gelangt war, wurde er versetzt und sollte sich fortan Autodieben widmen. Schnell wurde der Querkopf auch an seinem neuen Arbeitsplatz fündig und entdeckte angeblich Hunderte unbearbeiteter Akten, schlampig geführte Tagebücher und Verstöße gegen den Datenschutz – von denen der Datenschutzbeauftragte nach Recherchen später viele bestätigte.

Als bald geriet der Nestbeschmutzer verschärft ins Visier der Ermittler. 1998 zeigten ihn Kollegen an, wegen des Verdachts auf Verwahrungsbruch und Geheimnisverrat. Nach dreitägiger Hauptverhandlung wurde Wüppesahl freigesprochen.

Im Mai dieses Jahres wurde es für Wüppesahl tatsächlich sehr eng. Die Anklage warf ihm, unter anderem, Körperverletzung im Amt und Nötigung vor. Er wurde verurteilt, und wird der Spruch rechtskräftig, könnte Wüppesahl aus dem Staatsdienst fliegen und seine Pensionsansprüche verlieren. Ist der notorische Querulant angesichts dieser Perspektive durchgedreht? Hat er deshalb geplant, sich mittels eines Raubüberfalls finanziell abzusichern? Ist er gar psychisch krank und hat die Tat im Wahn angeleiert?

Ehemalige Mitstreiter halten dies für nicht ausgeschlossen. Herrkind: „Als ich von den Vor-



VOLKER SCHINKLIS / HAMBURGER MORGENPOST

Polizist Wüppesahl: Streitbarer Geist



Grünen-Politiker Wüppesahl (1986)
„Einfach penetrant“

würfen las, hatte ich erhebliche Zweifel an deren Wahrheitsgehalt, aber der Zeuge ist meiner Ansicht nach über jeden Zweifel erhaben.“

Andreas Sch. war nämlich einst selbst kritischer Polizist. Anfang der neunziger Jahre schied er aus dem Dienst aus. Die Entscheidung, verdeckt gegen seinen Freund zu ermitteln, hat er offenbar nicht leichtfertig getroffen. Mehrfach soll er sich mit Ex-Kollegen beraten haben, ehe einer den Kontakt zum Dezernat Interne Ermittlungen herstellte.

Dennoch bleiben Zweifel. Denn die Erkenntnisse, die Ermittler durch die verdeckte Aufzeichnung von Gesprächen zwischen Sch. und dem mutmaßlichen Räuber in spe gewonnen hatten, reichten nach Auffassung der Staatsanwaltschaft offenbar nicht aus, um den Problempolizisten der Verabredung eines Verbrechens nach Paragraph 30 des Strafgesetzbuches zu überführen: Das Reden über eine Tat allein ist nicht strafbar. Es muss schon zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass das Vorhaben ernsthaft geplant war.

Wie dies zu bewerkstelligen sei, hielt Oberstaatsanwalt Peter Stechmann am 21. Oktober in einem Vermerk fest. Mit dem Zeugen Sch. sei abgesprochen, er solle Wüppesahl mitteilen, dass er eine Waffe für den Überfall besorgen könne. Das Geld dafür – so der Oberstaatsanwalt ausdrücklich – müsse ihm aber Wüppesahl zur Verfügung stellen. Wenn der darauf einginge, wäre der konkrete Tatplan nachgewiesen.

Den Ermittlern zufolge machte Wüppesahl das Geld für die Waffe tatsächlich locker. Am vergangenen Montag, nur vier Tage nach Stechmanns Vermerk, schnappte die weit aufgespannte Falle zu. Gegen 20 Uhr wurde Wüppesahl bei der Waffenübergabe in der Wohnung des Zeugen Sch. verhaftet. Das Schlachterbeil lag noch in dessen Wagen.

GUNTHER LATSCH

VERBRAUCHERSCHUTZ

Alles gefälscht

Europäische Behörden rätseln, wer mit dubiosen Büffelfleisch aus Indien Geschäfte machen will – ein Wirtschaftskrimi in Zeiten der Globalisierung.

Laurent Audaz, Justiziar in der Hamburger Niederlassung der französischen Reederei CMA CGM, kann den Verlust des Unternehmens genau beziffern. „Rund 350 Euro verlieren wir pro Stunde“, sagt der Anwalt erregt, „alles zusammengenommen, sind es schon an die 500 000 Euro.“ Denn seit dem 19. August stapeln sich 30 Container der CMA CGM im Hamburger Hafen, die Rechnung geht an die Reederei. Inhalt der Stahlbehälter: Büffelfleisch aus Indien.

Insgesamt 74 Container von drei Reedereien mit etwa zwei Millionen Kilo Fleisch halten die deutschen Behörden fest. Weitere 30 Container lagern in baltischen Häfen. Betrugsfahnder und Gesundheitsbeamte sind einem Wirtschaftskrimi auf der Spur, der so nur im Zeitalter der Globalisierung möglich ist. Exotische Häfen bilden die Kulisse für ein schwer durchschaubares Zusammenspiel skrupelloser

als Herkunftsland, auf anderen gar nichts. Später entdeckten sie auch brasilianische Etiketten sowie Stempel aus Frankreich, Belgien und Holland. Es sollte sich jeweils um Rindfleisch handeln.

Die Hamburger wandten sich an die Ermittler des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (Olaf). „Über die Botschaften erfuhren wir, dass alle Papiere gefälscht waren“, sagt die zuständige Abteilungsleiterin Elisabeth Sperber.

Nächster Schauplatz: Georgien. Ein Großteil der unechten Dokumente war von einem Faxgerät in der dortigen Hafenstadt Poti geschickt worden. Über den Absender ist nichts Näheres bekannt. Sicher ist lediglich, dass im örtlichen Büro der CMA CGM ein Georgier auftauchte, der das Büffelfleisch für rund 1,2 Millionen Dollar übernehmen wollte – viel Geld für unverkäufliche Ware. Bei einer Deklaration als Rindfleisch aber wäre die Menge leicht das Doppelte wert. Das ist wohl die Geschäftsidee.

Beim Hamburger Veterinäramt Grenzdienst trudelte dann eine angebliche Erklärung des georgischen Landwirtschaftsministeriums ein, man genehmige die Einfuhr des möglicherweise mit MKS-Viren kontaminierten Büffelfleisches. Die Echtheit dieser Bescheinigung ist bislang nicht bestätigt.

Nun ist auch Verbraucherministerin Renate Künast alarmiert. „Wir wollen mög-



Kühlcontainer im Hamburger Hafen: Unverkäufliche Ware?

Händler und schemenhafter Mittelsmänner. Noch ist vieles rätselhaft.

Zunächst lief offenbar alles korrekt. Die französische Reederei meldete in Hamburg einen Fleischtransport aus dem indischen Hafen Navashewa für den Transit nach Russland an. Doch die dortigen Behörden stoppten den Transport. In Indien ist die Maul- und Klauenseuche (MKS) verbreitet, deshalb gilt das Fleisch weltweit als unverkäuflich, nach Russland und in die EU darf es nicht eingeführt werden.

Als Veterinäre in Hamburg die Ladung kontrollierten, staunten sie: Auf einigen Kartons klebten Etiketten mit Australien

lichst verhindern, dass nicht genussfähiges Fleisch nach Georgien eingeschleust wird“, sagt Künasts Staatssekretär Alexander Müller. Die Berliner haben die Regierung in Tiflis jetzt offiziell gewarnt.

Am besten, so Müller, werde das Fleisch vernichtet. Dazu mochte die Hamburger Gesundheitsbehörde sich bisher nicht durchringen – die Stadt fürchtet, einen Präzedenzfall zu schaffen und künftig dubiosen Müll aller Art auf eigene Kosten entsorgen zu müssen. Nach den Tätern fahndet indes niemand so richtig. Die Olaf-Ermittler winken ab: „Uns hat keine Staatsanwaltschaft gefragt.“

PETRA BORNHÖFT